I. Die Weimarer Republik (1919 – 1933)

1. Grundwissen zum Ende des 1. Weltkrieges

- Niederlage des Deutschen Reiches ab August 1918 unvermeidbar.
- Ende Okt. revolutionäre Unruhen für den Frieden und gegen den Kaiser.
- 9. Nov. 1918: Der Kaiser wird zum Rücktritt gezwungen: Deutschland ist somit **Republik**.
- 11. Nov. 1918: Vertreter der demokratisch eingestellten Parteien (SPD, Zentrum, DDP) unterschreiben den Waffenstillstand und erkennen Deutschlands Niederlage an.
- Chaos im besiegten Deutschland und Spaltung der Bevölkerung in drei politische Richtungen:
 - ➤ **Rechtsextrem**: für die Wiedereinführung des Kaiserreichs (antidemokratisch)
 - ➤ Mitte: für eine demokratische Republik (Gewaltenteilung und demokratische Wahlen)
 - ➤ Linksextrem: für eine sozialistische Republik (Ein-Parteien-Diktatur durch Entmachtung der Reichen -> "Diktatur des Proletariats")

2. Die Demokratie setzt sich durch: Gründung der Weimarer Republik

- Niederschlagung sozialistischer Revolutionsversuche (z. B. den "Spartakusaufstand" Jan. 1919) mit Hilfe der noch immer kaiserlich denkenden Armee und rechtsradikalen Freikorps.
- 19.01.1919: Gesamtdeutsche Wahl einer Nationalversammlung mit schwachen Ergebnissen für rechts- und linksradikale Parteien (nur 7,5% für die sozialistische USPD!). Die demokratisch eingestellte "Weimarer Koalition" (SPD + Zentrum + DDP) erreicht 76% der Sitze.
- Aufgaben der Nationalversammlung:
 - Ausarbeitung einer Verfassung (= Staatsgründung): ab 11.8. gültig
 - ➤ Wahl eines **Reichspräsidenten** (= Staatsoberhaupt): Ebert (SPD)
 - > Zustimmung zum Friedensvertrag von Versailles

N.	
\square	Die Entwicklung einer stabilen Demokratie scheint zunächst gesichert
<u> </u>	210 2111110111011101101101101101101101101101

 Beachte zur Verfassung: Im Gegensatz zu unserer Verfassung (Grundgesetz) hat der Präsident als Staatsoberhaupt sehr viel Macht und der Kanzler wird nicht vom Parlament gewählt, sondern vom Präsidenten bestimmt. Wegen der großen Machtfülle des Präsidenten wird dieser auch als "Ersatzkaiser" bezeichnet.

3. <u>Der Versailler Vertrag von 1919: Ursache für neue Konflikte statt</u> dauerhafter Frieden für Europa

- Verhandlungen aller Siegermächte im Schloss von Versailles ohne deutsche Beteiligung.
- Vertragsbestimmungen werden in Deutschland als **demütigend** und viel zu hart **empfunden** ("**Schandfriede**"):
 - ➤ Gebietsverluste mit starker industrieller Wirtschaftskraft
 - Drastische Abrüstung
 - ➤ Hohe Reparationsforderungen (auch Demontagen und Sachgüter)
 - Deutsche Anerkennung seiner Alleinschuld am Krieg (Art. 231 VV)
 - Die deutsche Nationalversammlung muss den Vertrag annehmen, die dt. Regierung unterzeichnet diesen am 28. Juni 1919.
 - Folgen: Entwicklung von Revanchismus und Nationalismus im dt. Bürgertum, wirtschaftliche Probleme, Anlass für rechte Propaganda gegen die Demokratie: Demokratische Politiker werden als "Novemberverbrecher" und "Erfüllungspolitiker" beschimpft.

4. Bedrohung der Republik von links- und rechtsradikalen Gruppen

Radikale	Links		Rechts (nationalistisch)	
Richtung	(sozialistisch)			
Parteien	KPD	Politisch zu schwach für	DNVP, ab 1924 NSDAP im	
		einen Umsturz	Reichstag vertreten	
Bewaffnete	"Rote Armee"	Kampf gegen die	Freikorps, ab 1921 SA (=	
Organi-		Weimarer Republik auf	"Sturmabteilung" als	
sationen		der Straße	Schlägertruppe der	
			NSDAP mit brauner	
			Uniform)	

Methoden am Beispiel der Rechtsradikalen:

- <u>Propaganda:</u> Hetze gegen den Versailler Vertrag und gegen die Demokratie,
 Verbreitung der "Dolchstoßlegende".
- <u>Politische Morde:</u> z.B. **Erzberger** (Finanzminister, Zentrum, 1921) und **Rathenau** (Außenminister, DDP, 1922).
- <u>Gewaltsame Umsturzversuche:</u> **Kapp-Putsch** (März 1920, zeigt, dass sich der Staat gegen die rechte Bedrohung nicht auf die Reichswehr verlassen kann: "Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr") und **Hitler-Putsch** (Nov. 1923).
 - → Deutsche Gerichte verurteilen rechte Täter sehr milde. Vorwurf: "Die Justiz ist auf dem rechten Auge blind".
 - → Deutschland als "Demokratie ohne Demokraten".

5. Das Krisenjahr 1923: Ruhrkampf und Inflation

Probleme der deutschen Wirtschaft und der Staatsfinanzen:

- Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft
- Überforderung durch Reparationszahlungen
- Rohstoffausfälle durch Gebietsverluste
- Kriegsrenten und Zinsen für Kriegsanleihen
 - Ende 1922: Die Weimarer Republik ist **zahlungsunfähig**. Internationaler Kursverfall der Mark.
 - ➤ Januar 1923: **Besetzung des Ruhrgebietes** durch französische und belgische Truppen wegen Rückstands bei Sachlieferungen.
 - **Ruhrkampf** als dt. Reaktion: passiver Widerstand, Generalstreik.
 - Verschärfung der Finanzkrise, Reichsbank vergrößert Geldmenge.
 - Rapide Zunahme der Geldentwertung: galoppierende Inflation!

<u>Folgen:</u>

- September 1923: Abbruch des Ruhrkampfes.
- November 1923: Währungsreform ("Rentenmark").
- Zerrüttung der Wirtschaft, Verelendung, Arbeitslosigkeit (Steigung von Juli Dezember 1923 von 3,5% auf 28,2%). Plünderungen, politische Radikalisierung (Hitler- Putsch Nov. 1923 und kommunistische Aufstände).

6. Jahre der Entspannung und relativen Stabilität 1924 - 1929

Wirtschaftliche Erholung

- Währungsreform (1 Billion : 1)
- Neuregelung der Reparationen (Dawes-Plan)
- Internationale Kredite (v.a. aus den USA) für deutsche Wirtschaft (= gefährlicher Aufschwung "auf Pump")
- Einführung der Arbeitslosenversicherung und insgesamt höhere Sozialausgaben

Außenpolitische Erfolge

- Ende der Ruhrbesetzung
- Verträge von Locarno v.a. mit F/Belgien und Polen 1925 fördern die europäische Entspannung.
- Friedensnobelpreis für die Außenminister Stresemann (DVP) und Briand
- Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund (1926)



» "<u>Ära Stresemann</u>": Wirtschaftliche Erholung und außenpolitische Anerkennung Deutschlands.

- ▶ "<u>Die Goldenen Zwanziger</u>": Neue Lebensfreude und vielseitige kulturelle Blüte. Berlin wird als "Kulturhauptstadt Europas" bezeichnet. Glamour, Nachtclubs, aber auch hohe Kriminalität.
- → Die radikalen Feinde der Demokratie verlieren vorübergehend an Bedeutung. Die grundsätzlichen Gefahren für die Weimarer Republik bleiben aber (vgl. Wahl des antidemokratisch-kaiserlich eingestellten Hindenburg zum Reichspräsidenten 1925).

7. Die Schicksalsjahre für die Weimarer Republik 1929/1930

> 1929!

- August: <u>Young-Plan</u> (Neuregelung der Reparationen: 116 Mrd. Mark in 59 Jahresraten) -> demagogisches Ausnutzen für rechte Propaganda ("Joch der Youngsklaverei" und Volksbegehren gegen den Youngplan) -> <u>neue Radikalisierung</u> gegen die Republik.
- 3. Oktober: <u>Tod Stresemanns</u>. Seine starke Persönlichkeit als ausgleichende Autorität in Deutschland und verlässlicher Partner in der Außenpolitik war nicht zu ersetzen.
- 24. Oktober: "<u>black friday</u>" = Börsenkrach in New York (Grund: Spekulationskrise in USA) -> Einführung von Schutzzöllen und Rückforderung von Auslandskrediten -> <u>Ausweitung zur Weltwirtschaftskrise</u>.

Folgen der Weltwirtschaftskrise für Deutschland

	wirtschaftlich/sozial		politisch
-	Steigende Arbeitslosigkeit 1927:	-	Regierungskrise: Konflikt zwischen
	1,3 Mio. (6,2%), 1932: 5,6 Mio.		SPD ("Arbeiterpartei") und DVP
	(29,9%)		("Partei der Industrie") eskaliert
-	Produktionsrückgang in der		wegen Streits um die Erhöhung der
	Industrie auf 50%		Beiträge zur
-	Zusammenbruch der Banken 1932		Arbeitslosenversicherung.
-	Steigende staatliche	-	27.3.1930: Rücktritt der
	Sozialausgaben, aber dramatisch		Regierung (Kanzler Müller, SPD),
	sinkende Steuereinnahmen		also Scheitern der "Großen
			Koalition" (SPD, Zentrum, BVP, DDP,
			DVP)

- → Sparpolitik (= Deflationspolitik) des neuen Kanzlers Brüning (Zentrum): Verhinderung einer Inflation wie 1922/23, aber Verarmung der Arbeiterschaft.
- → Rechtsruck der DVP nach dem Tod Stresemanns.
- → Demokratisch eingestellte Mehrheit im Reichstag nicht mehr möglich.
- → Große Gewinne der radikalen Parteien in den folgenden Wahlen.

8. Die entscheidenden Wahlen gegen die Demokratie

• Die Reichstagswahlen von 1930

- **Ergebnis**: Demokratische Parteien verlieren die Mehrheit (280 von 577 Sitzen). Anwachsen der NSDAP auf 18%.
- Folgen: Funktionsunfähigkeit des Reichstages, radikale Propaganda und ständige Provokationen der SA auf der Straße zeigen ihre Wirkung: Vertrauensverlust in die Republik, Absturz der deutschen Aktien: Verstärkung der Wirtschaftskrise in Deutschland.

• <u>Die Reichspräsidentenwahlen von 1932</u>

- Hitler als Kandidat gegen Hindenburg.
- Die SPD muss Hindenburg unterstützen, um Hitler zu verhindern.
- Sieg Hindenburgs im 2. Wahlgang mit 53%.
- Also: Demokratische Bürger müssen den antidemokratischen 85-jährigen Hindenburg wählen.

9. <u>Das Ende der Weimarer Republik: Die Präsidialkabinette von 1930 bis</u> <u>Januar 1933</u>

- Ab 1930 regieren die Reichskanzler <u>ohne</u> Parlamentsmehrheit nur in Zusammenarbeit mit dem Reichspräsidenten. Folgende Artikel der Verfassung machen dies möglich:
 - Art. 53: Ernennung des Kanzler durch den Präsidenten: Abhängigkeit der Regierung (= Kabinett) vom Präsidenten (Kanzler Brüning März 30 Juni 32, von Papen Juni 32 Dez. 32, von Schleicher Dez. 32 Jan. 33).
 - Art. 48: Der Präsident kann bei Feststellung einer Ausnahmesituation mit <u>Notverordnungen</u> Gesetze in Kraft setzen, die vom Reichstag zuvor abgelehnt wurden.
 - Art. 25: Auflösung des Reichstages nach Ablehnung der Notverordnung (Neuwahlen nach 60 Tagen).
- Folge: Der Art. 48 ermöglicht **Machtmissbrauch des Reichspräsidenten** (und dessen rechten Beratern) durch Umgehung des Parlaments.
- ➤ Hinzu kommt, dass mit Art. 48 bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung auch Grundrechte außer Kraft gesetzt werden können (z. B. Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit ...).

Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 durch Reichspräsident Hindenburg

- Bildung einer Koalition von NSDAP und DNVP ("Regierung des nationalen Zusammenschlusses").
- Fehleinschätzung der DNVP, man könne Hitler durch die Regierungsarbeit zähmen und für die eigenen Ziele nutzen.
- Der Begriff "Machtergreifung" ist nationalsozialistische Propaganda!